

und Genf wegen politischer Fragen markieren. Bemerkenswert ist, daß das Communiqué des Exekutivkomitees (s. unten) wohl einen Hinweis auf Südafrika, nicht aber auf das diesbezügliche Genfer Dokument enthält.

Das Exekutivkomitee des Ökumenischen Rates tagte Mitte Februar in Boldern bei Zürich (vgl. WCC Communication, 2/78). Im Mittelpunkt der Sitzung standen Beratungen über die *alarmierende finanzielle Situation* des Weltkirchenrates. Der Kursverfall des amerikanischen Dollars und der Rückgang der Deutschen Mark gegenüber dem Schweizer Franken hat die Haushaltslage, die sich vorübergehend entspannt hatte, bedrohlich werden lassen. Trotz der Erhöhung der Beiträge durch die meisten Mitgliedskirchen, insbesondere aber derjenigen aus der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, sah sich das Exekutivkomitee gezwungen, das ursprünglich veranschlagte Budget mit sofortiger Wirkung um ca. 12 Prozent zu kürzen. Diese finanziellen Probleme sowie zusätzlich die wachsende Schwierigkeit, von den Schweizer Behörden Arbeitsgenehmigungen für ausländische Mitarbeiter zu erhalten, veranlaßten das Exekutivkomitee, Generalsekretär *Philip Potter* zu beauftragen, bei den schweizerischen Behörden zu erkunden, ob dem Ökumenischen Rat in irgendeiner Form Hilfestellung bei der Lösung dieser gebündelten Probleme geleistet werden kann. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit diskutiert, das Hauptquartier in ein anderes Land zu verlegen. Wie es hieß, standen insbesondere London, Stockholm und New York zur Debatte; auch Wien wurde zumindest am Rande erwähnt (dorthin werden einige UN-Instanzen verlegt, die in Genf vor denselben Schwierigkeiten stehen wie der Ökumenische Rat), wobei aber das katholische Ambiente gegen die österreichische Hauptstadt sprechen dürfte. Angesichts dieser Überlegungen wurde ein geplanter Erweiterungsbau in Genf vorerst vertagt. Ein weiteres wichtiges Thema der Diskussionen waren die Beziehungen, die zwischen dem Weltkirchenrat und der römisch-katholischen Kirche, den konfessionellen Weltbünden und den orthodoxen Kirchen bestehen. Für Oktober dieses Jahres wurde ein *interkonfessionelles Treffen* auf höchster Ebene in Genf angekündigt. Um drei weitere Jahre verlängert wurde das Mandat von SODEPAX, dem Ausschuß für „Gesellschaft, Entwicklung und Frieden“, der sich seit 1965 als „Symbol der geregelten Zusammenarbeit zwischen dem ÖRK und der römisch-katholischen Kirche“ bewährt und dazu beigetragen habe, „ökumenische Zusammenarbeit in zahlreichen lokalen und nationalen Bereichen zu inspirieren und zu legalisieren“. Als *politische Themen* standen u. a. die *Lage in der Republik Südafrika* und in Namibia zur Debatte. Die Mitgliedskirchen wurden gebeten, die öffentliche Meinung in ihren Ländern gegen die Verwirk-

lichung von drei neuen Gesetzesvorhaben der südafrikanischen Regierung zu mobilisieren, durch die es für die südafrikanischen Kirchen praktisch „ungesetzlich“ werden würde, die „sozialen Implikationen des Evangeliums“ zu verwirklichen, und durch die die Kirchen in ihrer Aktivität auf den rein „religiösen“ Bereich beschränkt würden. Ferner wurde an die Mitgliedskirchen appelliert, „die Kirchen in Südafrika bei ihren Bemühungen, Menschen angesichts verstärkter Unterdrückung zu helfen, in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen“.

In der Allafrikanischen Kirchenkonferenz scheint sich ein grundlegender Wandel zu vollziehen. Nach dem monatelangen Gerangel um das Schicksal des Generalsekretärs dieser Organisation, Canon *Burgess Carr*, macht der derzeit amtierende Generalsekretär, *Sarwat G. Shehata*, ein Ägypter von der koptisch-orthodoxen Kirche, deutlich, wie er den Kurs bestimmen und ändern will (DIA, 28. 2. 78). Er sprach davon, daß sich die Allafrikanische Kirchenkonferenz weiterhin in den Dienst aller Mitgliedskirchen stellen und ihren bisherigen Kurs der Identifikation mit den Armen und Unterdrückten fortsetzen wolle. Ferner wünscht er einen verstärkten ökumenischen Zusammenhalt und eine Kooperation besonders auch mit den Christen Asiens und der Karibik. Auch mit dem Weltrat der Kirchen soll die Zusammenarbeit verbessert werden. In einem verabschiedeten *Schwerpunktprogramm* für die kommenden zwei Jahre wird der Wandel deutlich. So fordert man nicht nur eine enge Verbindung mit der AMECEA, dem Zusammenschluß der katholischen Bischofskonferenzen Ostafrikas, und ein *gemeinsames theologisches Forschungsprogramm*, sondern konzentriert seine Arbeit auch auf theologische Themen: Bibel und Evangelisation in Afrika, Laienfortbildung, Probleme der theologischen Fakultäten, die unabhängigen afrikanischen Kirchen (DIA, 6. 3. 78). Mittlerweile erklärte der für einen längeren Studien- und Erholungsurlaub freigestellte Canon Burgess Carr, er werde nicht nach Nairobi, dem Sitz der AACC, zurückkehren. Im vergangenen Jahr war er in der Presse Kenias heftig angegriffen und der Einmischung in die Politik beschuldigt worden. Nach seiner Darstellung ist der Druck gegen ihn allein von dem kenianischen Justizminister *Charles Njonjo* ausgegangen, der in Kenia „Herr über Leben und Tod“ sei (vgl. epd, 13. 3. 78). Als seinerzeit mit dem Justizminister über Pläne für den Bau des neuen Hauptquartiers der Organisation in Nairobi gesprochen wurde, habe Njonjo erklärt: „Wir werden die Vereinbarung mit dem Nachfolger von Canon Carr aushandeln.“ Dies scheint sich jetzt zu bewahrheiten. Denn Shehata brachte nicht nur gegenüber der Regierung von Kenia seinen Wunsch zur Kooperation zum Ausdruck, sondern ließ auch die Arbeiten an dem Großprojekt des Hauptquartiers fortsetzen.

Zeitschriftenschau

Theologie und Religion

LEHMANN, KARL. **Kreatürlichkeit des Menschen als Verantwortung für die Erde.** In: Internationale katholische Zeitschrift Jhg. 7 Heft 1 (Januar/Februar 1978) S. 38–54.

Der Aufsatz glossiert zunächst die hohe Zahl theologischer Stellungnahmen in der Diskussion um die Grenzen des Wachstums und warnt dabei vor „kurzsichtigen und vielleicht modernen Antworten“ sowie vor einem allzu selbstsicheren und beflissenen Eingreifen der Theologen in diese Debatte. Allerdings dürfe die Theologie nicht die Augen vor einer Problematik verschließen, bei der es ums Überleben

der Menschheit geht. Aufgabe der Christen sei es deshalb, der menschlichen Gesellschaft bei der Einübung des notwendigen „neuen Denkens“ beizustehen, und zwar in erster Linie dadurch, daß sie selber vom Schöpfungsglauben her einen neuen Sinn für die Kreatürlichkeit der Welt im Ganzen und für die Position des Menschen in der Schöpfung gewinnen. Als elementare Strukturen geschöpflichen Seins werden

eine letzte „Positivität“ dessen, was ist“, die Würde der Kreatur in ihrer *Transparenz* für die Macht des Schöpfers, die kreatürliche „Armut“ als Sich-nicht-selbst-Genügen und die Zustimmung zur Welt als „Urvertrauen“ und „ontologische Affirmation“ benannt. Schließlich wird die These, daß die gegenwärtige ökologische Krise auf die biblische Beauftragung des Menschen mit der Herrschaft über die Schöpfung zurückgehe, in engem Bezug auf die alttestamentlichen Texte kritisiert, ohne daß problematische Folgen in der Wirkungsgeschichte ausgeschlossen werden. Heute komme es darauf an, in sensibler Verantwortung vor Gott und der Welt, vor der Geschichte und der Natur die Kreatur „so zu ‚regieren‘, daß sie nicht zerstört wird“.

RAHNER, KARL. Der Friede Gottes und der Friede der Welt – Theologische Überlegungen. In: Universitas Jhg. 33 Heft 2 (Februar 1978) S. 155–162.

Ein gewisses Zögern, trotz der Widerständigkeit und Sperrigkeit der Materie sich auf eine Theologie des Friedens einzulassen, spürt man noch in der Schlußbemerkung Rahners: Wenn der konkrete Christ nach solchen (Rahners) Überlegungen den Eindruck habe, er könne diese wieder auf sich beruhen lassen und müsse, weil er als der selbstlos Liebende und Dienende das Heil in der konkreten Wirklichkeit seines Daseins wirken muß, sich den konkreten Fragen des Friedens von heute zuwenden, so sei er völlig einer Meinung mit ihm. Dennoch sind Rahners vom Thema diktierte abstrakt-theologische Überlegungen im Sinne einer grundsätzlichen Klärung durchaus konkret und heben sich in ihrer Ausgewogenheit wohltuend ab von vielem Geschwätzigen, das gerade seitens der Christen und ihrer Theologen zum Thema Frieden gesagt wird. Friede ist für Rahner nicht einfach die augustinische *tranquillitas ordinis*; das widerspräche der in der Geschichte gegebenen Entwicklungsdynamik. Schon deswegen müsse der Christ „antiideologisch“ mit Macht und Kampf rechnen, ohne diese unbedenken einfach dem Bereich der Sünde zuzurechnen. Aufgabe des Christen als Verwirklichung des Friedens Gottes im Frieden der Welt könne nur ihr jeweils rechter Gebrauch für das menschliche Zusammenleben sein. In diesem Sinne greift Rahner die Konzilsdefinition des Friedens als „Werk der Gerechtigkeit“ auf und präzisiert diese dahingehend, daß der Friede Gottes und der Friede der Welt im Handeln des Menschen erst dann zusammenkommen, wenn dieses Handeln, wo es Gerechtigkeit erstrebt, von einem Überschuß an Liebe („Vorleistung“) getragen ist. Alles sei möglich, „wenn die Liebe die Gerechtigkeit in ihr eigenes Werk einsetzt, in diesem Recht beschränkt und über sie herrscht“.

STACHEL, GÜNTER. Die „unerledigte Hermeneutik“ – Bibelunterricht als Auslegung der Schrift unter heutigen Menschen. In: Religionspädagogische Beiträge Jhg. 1 Heft 1 (Januar 1978) S. 24–58.

Mit diesem Heft stellt sich eine neue Zeitschrift vor: das seit längerem im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Katechetikdozenten“ geplante wissenschaftliche Periodikum, das den Stand der katholischen Religionspädagogik bzw. Katechetik repräsentieren und die Forschung in dieser Disziplin anregen soll. Das erste Heft steht unter dem Thema „Bibeldidaktik“ (die thematische Bindung der Hefte soll aber in der neuen Zeitschrift nicht zur Regel gemacht werden). Stachel resümiert in seinem weit ausholenden Aufsatz Theorien des Bibelunterrichts, gibt sodann einen Einblick in empirische Un-

tersuchungen über seine Praxis und begründet schließlich das Konzept einer „aktualisierenden Interpretation“, die die Anwendung der historisch-kritischen Methode nicht überspringt, aber auch in ihrer Begrenztheit durchschaut. Es wird betont, daß solche Interpretation kein Rückfall in Subjektivismus oder Irrationalismus sein dürfe, sondern wissenschaftlich verantwortet werden müsse, daß aber die eigentliche Leistung jenseits von Wissenschaft „im Bereich entfalteter Humanität“ liege. Eine derartige biblische Sachkunde „im tieferen Sinn des Wortes“ begreife den *Anspruch* der Texte und stelle sich ihm. Weitere Beiträge befassen sich mit dem Problem der Funktionalisierung biblischer Texte, mit der Transformation des Gleichnisses von den Talenten, mit dem Verhältnis von Fiktionalität und Wahrheit biblischer Texte (sie seien nicht „wahr“, insofern sie Wirklichkeit „abbilden“, sondern insofern sie dieser Ziel, Wert und Stabilität zusprechen) sowie mit einer kritischen Würdigung bibeldidaktischer Neuerscheinungen.

Aux sources de la foi: Jésus de Nazareth. In: *Lumière et vie*. Tome XXVI (1977) Nr. 134.

Das Heft greift das in den letzten Jahren innerhalb und außerhalb der Theologie wieder stark aufgekommene Interesse am geschichtlichen Jesus auf, dies aber so, daß man nicht beim historischen Interesse stehenbleibt, sondern so, daß dieses auf die christologische Deutung wie auf die christliche Praxis hin geöffnet wird. Grundsätzlich entwickelt diesen Ansatz der eröffnende Beitrag von *Edward Schillebeeckx*, der ihn anhand einer Darstellung der Grundlinien seiner beiden Jesus-Bücher (vgl. HK, August 1975, 412ff; Februar 1978, 102f) entfaltet. Die vier weiteren Aufsätze gehen auf ein internationales theologisches Kolloquium über die Christologie zurück, das im März 1977 in Madrid stattfand. *Ernst Käsemann* skizziert den Stand der Diskussion um den historischen Jesus aus exegetischer Sicht und kritisiert zugleich eine bloß historische Annäherung an das Jesus-Ereignis, das einen *Bruch* historischer Kontinuität bedeute. *Wolfhart Pannenberg* zentriert seine christologischen Erwägungen von der Auferstehung her und versucht zu zeigen, wie die Auferstehung Jesu dem Menschen eine Zukunft jenseits aller seiner Möglichkeiten eröffnet, die trotzdem aber in Übereinstimmung mit der tiefsten Sehnsucht der Menschen ist. Der brasilianische Theologe *Leonardo Boff* zeigt die christologische Inspiration der Theologie der Befreiung auf, für die nicht nur das befreiende Handeln Jesu, sondern ebenso seine Auferstehung als der „antizipierte Einbruch der absoluten Befreiung“ konstitutiv sei. *Christian Duquoc* schließlich weist auf die unlösliche Verbindung von Jesus und dem Vater, von Christologie und Theologie hin.

Kultur und Gesellschaft

LAURENT, Philippe. Mieux comprendre les réalités nucléaires. In: *Projet* Nr. 121 (Januar 1978) S. 5–44.

Schon mehrfach hat sich die Zeitschrift „Projet“ mit dem Thema Kernenergie beschäftigt. Zu Beginn dieses großen Schwerpunktthemas wird noch einmal wiederholt, was Befürworter und Gegner an Hauptargumenten vortragen. Danach wird der Versuch unternommen, zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen, indem mit äußerster Akribie Fakten zusammengetragen werden, die z.B. die Frage beantworten sollen, ob Frankreich durch die neue Energiequelle wirklich auf diesem Sektor unabhängiger wird. Ferner geht es um die Schwierigkei-

ten, geeignete Standorte und Lagerungsplätze für den Atommüll zu finden. Untersucht werden ferner die heutigen technischen Möglichkeiten und eventuell fortbestehende Risiken, bevor auf die Frage eines „Nuklear-Moratoriums“ eingegangen wird, wie es von vielen Gruppen gefordert wird, und bevor die Auswirkungen der Kernenergieprotestbewegung auf die politische und soziale Struktur der einzelnen Länder dargestellt werden. Ein Beitrag also, der genügend Anregungen für eine fundierte und ausführliche Diskussion bietet.

VON SCHENK, GUNTRAM. Terrorismus als deutsches Phänomen. In: *Neue Rundschau* Jhg. 89, Heft 1 (1978) S. 30–41.

Von Schenk sieht das Hauptursachenfeld für den deutschen Terrorismus (soweit es einen typisch deutschen überhaupt gibt) in einer in der Nachkriegsgeneration in Staatsverdrossenheit und Staatsablehnung umschlagenden Krise des deutschen Bürgertums bzw. in dessen geschichtlichem Verhältnis zum Staat. Nicht die neomarxistische Renaissance in Gestalt der Studentenunruhen und der „Neuen Linken“ in den späten sechziger Jahren und nicht die Wirkungen des Dritten Reiches böten eine ausreichende Erklärung. Der Terrorismus hätte in Deutschland ebenso gut von rechts kommen können, wären rechtsradikale Ideologien nicht durch die zeitliche Nähe des Nationalsozialismus diskreditiert gewesen. Neomarxistische Ideen hätten lediglich als Hoffnungssurrogat einer dem Staat und seiner politischen Ordnung gegenüber feindlichen Grundhaltung gedient. „Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber Staat und Gesellschaft scheint kein Produkt der Verbreitung marxistischer Ideologien, sondern die breite Rezeption des Marxismus die Konsequenz (einer) vorgängigen, diffusen kritischen Einstellung zu sein.“ Ein charakteristisches Indiz dafür sieht von Schenk in der zunehmenden Ablehnung des Militärdienstes als eines Dienstes am Staat in der Nachkriegsgeneration. Der Grund dafür liegt für ihn im unpolitischen Erbe des in seinem geschichtlichen Werdegang staats- und politikfernen Bürgertums, das sich bei der Terroristengeneration mit ganz überwiegend bürgerlicher Herkunft als Unfähigkeit zum politischen Urteil und zum Aushalten politischer Realitäten auswirkt. Damit ist vermutlich ein kultur- und ideengeschichtlich nicht zu unterschätzender Teilaspekt des Phänomens Terrorismus getroffen; gleichwohl dürften die eigentlichen Ursachen eher aus einem in der Sache unrealistischen Verständnis der Gesellschaft und dem daraus resultierenden imaginären Leidensdruck kommen. In diesem Sinne dürfte sich die deutsche Szenerie nicht wesentlich von anderen Spielarten des Terrorismus, wenigstens soweit er in Westeuropa auftritt, unterscheiden.

Probleme des Föderalismus. In: *Die Neue Gesellschaft* Jhg. 25 Heft 3 (März 1978) S. 172–196.

Aus Anlaß der Kommunalwahlen am 5. März greift die Zeitschrift ein seit Gründung der Bundesrepublik nicht zur Ruhe kommendes Thema auf: den Föderalismus. Die Autoren *Friedrich Schäfer*, *Hans Apel*, *Martin Galber* und *Rolf Linkohr* versuchen anhand problematischer konkreter Resultate der praktischen Politik der letzten Jahre und aufgrund einer möglichst textgetreuen Interpretation unserer Verfassung die grundsätzlichen Probleme dieses Fragenkomplexes herauszuarbeiten. In weiteren Artikeln wird die Möglichkeit einer Konzentration von Landtagswahlen („um der zu beobachtenden Kurzatmigkeit der Politik entgegenzuwirken“) analysiert. Schließlich wird die Frage untersucht, ob eine Neugliederung der Länder Abhilfe in verschiedenen Bereichen schaffen könnte und ob die Problematik nicht nur in einer „Globalreform“ des Staates möglich wäre.

Kirche und Ökumene

GREEN, REGINALD HERBOLD. *Christianity and Political Economy in Africa*. In: *The Ecumenical Review* Vol. 30 Nr. 1 (Januar 1978) S. 3–17.

In dem Heft, das den christlichen Verantwortungen in der Gesellschaft gewidmet ist, deckt Prof. Green vom Institut für Entwicklungsstudien an der Universität Sussex die schier unübersehbaren Verquikungen der christlichen Missionskirchen mit den Wirtschaftssystemen ihrer europäischen Herkunftsländer auf, beginnend bei der naiven Beurteilung Afrikas als Reservoir für Arbeitskräfte (heute noch in Südafrika) bis zur Loslösung, zumal in den konfessionell unabhängigen Gemeinschaften, von einer westlich vorprogrammierten Theologie, die neue Versuche afrikanischer Wirtschaftsformen behindere. Es werden an vielen Beispielen die Schwierigkeiten einer Umbesinnung gezeigt, um zu einer sozialen Verantwortung nach den konkreten Bedürfnissen der afrikanischen Völker zu gelangen, oft im Widerstand zur Kirchenleitung, die sich zu sehr an einer Gleichordnung von Kirche und Cäsar orientierte. Der Beitrag ist ein Versuch, Klarheit zu schaffen über notwendige Aktionen.

GRESHAKE, GIBBERT. *Der theologische Ort des Pastoralreferenten und sein Dienst*. In: *Lebendige Seelsorge* Jhg. 29 Heft 1 (Januar/Februar 1978) S. 18–27.

Einer der neuralgischen Punkte in der Diskussion um die pastoralen Dienste und ihre gegenwärtige Problematik ist die Definition derjenigen Laien im kirchlichen Dienst, die in unseren Breiten Pastoral-

assistenten (bzw. -referenten) genannt werden (vgl. HK, Juni 1977, 306 ff.). Im Rahmen des vorliegenden Heftes, das ganz unter dem Thema der pastoralen Dienste steht und dieses von Theologie, Pastoral und Spiritualität her entfaltet sowie Beschreibungen einzelner Einsatzgebiete und Erfahrungsbereiche bietet, nimmt der Beitrag deshalb eine gewisse Schlüsselstellung ein. Die Vielzahl der Dienste wird aus dem gemeinsamen Priestertum aller Gläubigen begründet, der Pastoralassistent wird von daher zunächst als mit besonderer Fachkompetenz ausgestatteter und öffentlich installierter *Laié* definiert. Allerdings wird konzediert, daß er durch Delegation an Aufgaben des Amtes teilnehmen kann (wie dies faktisch geschieht). Er bleibe aber theologisch *Laié*. Amtsträger im strikten Sinn sei nur der, der Christus als das Gegenüber der Gemeinde repräsentiert, und dies vor allem an den konstitutiven Knotenpunkten des gemeindlichen und kirchlichen Lebens. Angesichts der gegenwärtigen pastoralen Notlage werde die bleibend-wesentliche Unterschiedenheit zwischen Gemeinde und Amt (das gleichwohl in der Gemeinde und auf sie bezogen sei) durch verkappte Formen des Amtes verdunkelt. Die „theologisch sauberen Lösungen“ (keine Beauftragung von Laientheologen mit der Quasi-Gemeindeleitung mehr; Wunsch, daß sich möglichst viele Laientheologen zur Ehelosigkeit entschließen) seien „irgendwie illusorisch“. Es ist bezeichnend für den gegenwärtigen Diskussionsstand, daß die Verweise auf alternative Möglichkeiten über das Aufzeigen ihrer jeweiligen Aporien praktisch nicht hinauskommen.

LECLERCQ, JEAN. *Tendances monastiques actuelles*. In: *Nouvelle Revue Théologique* Jhg. 110 Nr. 1 (Januar-Februar 1978) S. 90–102.

Der Beitrag von Leclercq, Benediktiner der Abtei St. Moritz in Luxemburg, gibt Informationen über Entwicklungen im heutigen Mönchswesen gewissermaßen im Annäherungsverfahren. Aufschlüsse über quantitative Gesichtspunkte sucht man darin vergebens; Statistiken werden nicht geboten. In dieser Hinsicht bleibt es bei der Gegensätzlichkeiten anzeigenden Feststellung: es gebe Mönchsgemeinschaften, die ihre Noviziate aus Mangel an Nachwuchs schließen, und es gebe andere, die aus Platzmangel nicht mehr Novizen aufnehmen können. Leclercq interessiert allein der Wandel des monastischen Lebens, von dem er sagt, es verändere sich nicht, aber es entwickle sich. Gewiß ist er sich darüber, daß das Mönchtum im Gegensatz zu den apostolischen Orden nicht nur überlebt, sondern eine ungetrübte Zukunft hat. Es gelinge ihm zunehmend, neue Formen des Gebets, des Zusammenlebens und des Weltbezugs zu entwickeln und auch gewandelte Formen des Gehorsams und der Autoritätsausübung zu erproben. Es gebe Kommunitäten, alte, die sich anpassen, und neue Gründungen – er nennt vor allem Beispiele (es sind nicht viele) aus Frankreich und Amerika –, die auch in der heutigen großstädtischen Welt in der Lage seien, ein Zeugnis der Stille, der Gottesgegenwart und der Mitmenschlichkeit zu geben. In Asien und Afrika entstünden neue Mönchs- und kontemplative Schwesterngemeinschaften, die es durchaus verstünden, sich einheimische Kultur- und Lebensformen anzueignen oder sich dem Meditations- und Lebensstil nichtchristlicher Hochreligionen zu öffnen. Auch das Eremitentum – vor allem in der Gestalt der kleinen Gruppe – komme neu zur Geltung. Eine Entwicklung macht Leclercq besonders deutlich sichtbar: die neue Hinwendung im Mönchtum zum Leben als Laien, aus dem sie ihrer geschichtlichen Ursprungstradition nach ja auch kommen.

Personen und Ereignisse

Oskar Saier (45), bisher Weihbischof, wurde nach fast neunmonatiger Vakanz neuer Erzbischof von Freiburg. Saier hatte in Freiburg studiert. Nach seiner Priesterweihe 1957 und kurzer Seelsorgtätigkeit studierte er bei Prof. Mörsdorf in München kanonisches Recht und war zeitweise dessen Assistent. Nach seiner Promotion 1970 wurde er Regens des Priesterseminars in St. Peter. Seit 1972 war Saier Weihbischof in Freiburg, wobei er sein Amt als Regens beibehielt.

Zur wissenschaftlichen Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Zeit hat Bundespräsident Walter Scheel bei der Eröffnung der diesjährigen „Woche der Brüderlichkeit“ am 5. März in Würzburg aufgerufen. In der gleichen Rede verwies der Bundespräsident, der Schirmherr der deutschen Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit ist, auf den erfreulichen Rückgang der Zahl der Rechtsextremisten, denen gegenüber die Wirkung des Linksextremismus weit größer sei. Wirklich beunruhigend sei die Tatsache, daß eine große Zahl jugendlicher der Verfassung des Landes gleichgültig gegenüberstehe.

In einem Vortrag in München äußerte sich der Erzbischof von Wien und Präsident des Päpstlichen Sekretariates der Nichtglaubenden, Kardinal Franz König, zur vatikanischen Ostpolitik. Als deren Ziel bezeichnete der Wiener Kardinal das Bemühen, den Grundwerten und Menschenrechten Anerkennung zu verschaffen und den Lebensraum der Gläubigen zu erweitern. Der Heilige Stuhl versuche dabei im

Rahmen des Möglichen Tragbares und Nichttragbares, Verzichtbares und Unverzichtbares gegeneinander abzuwägen. Zur sowjetischen Religionspolitik meinte der Kardinal, die Verhältnisse seien zwar in jedem Land anders, dennoch müsse man von einer gemeinsamen Grundstrategie kommunistischer Kirchenpolitik von der Sowjetunion aus ausgehen.

Papst Paul VI. hat für Ungarn neue Bischöfe ernannt bzw. Umbesetzungen in ungarischen Diözesen vorgenommen. Der bisherige Erzbischof von Eger, József Bank (67), wurde Bischof von Vác, deren Ordinarius er bereits vor der Ernennung zum Erzbischof von Eger 1974 gewesen war. Neuer Erzbischof von Eger wurde der bisherige Bischof von Veszprém, László Kádár (50). László Paskai (49), bisher Rektor des zentralen ungarischen Priesterseminars in Budapest, wurde Apostolischer Administrator von Veszprém und zugleich Titularbischof. Ferenc Rosta (64), bisher Theologieprofessor am Priesterseminar von Veszprém, wurde Weihbischof in der Diözese Szekesfehervár (Stuhlweißenburg).

Der katholische Primas von England, Kardinal Basil Hume, verurteilte auf der Gründungsveranstaltung der Organisation „Christen für soziale Gerechtigkeit“ in London die in Großbritannien herrschende und noch zunehmende Rassenintoleranz und die politisch motivierte Gewalttätigkeit. Das Vorurteil und das Mißtrauen gegenüber den farbigen Minderheiten bezeichnete Hume als unmoralisch. Christliche

Grundhaltungen dürften nicht „durch das Gesetz des Dschungels“ ersetzt werden. Damit kritisierte der Kardinal indirekt auch die Politik der Führerin der Konservativen, Margret Thatcher, die sich in letzter Zeit, unter teilweisem Protest aus der eigenen Partei, die Stimmung gegen die Farbigen für die Zwecke ihrer Partei zu eigen gemacht hatte.

Auf der letzten Vollversammlung der Spanischen Bischofskonferenz Ende Februar/Anfang März wurde deren bisheriger Vorsitzender, der Erzbischof von Madrid, Kardinal Vicente Enrique y Tarancón, in seinem Amt bestätigt. Der als Verfechter eines offenen, reformfreundlichen und politisch unabhängigen Kurses in Spanien bekannte Kardinal erhielt dabei 50 von 69 Stimmen. 13 entfielen auf den Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien, Kardinal Marcelo González Martín, und 6 Stimmen auf den Erzbischof von Valladolid, José Delicado Baeza. Vor der Vollversammlung waren Zweifel geäußert worden, ob Tarancón noch einmal gewählt würde. Man schloß eine gewisse Kursänderung in der Spanischen Bischofskonferenz nicht aus. Jetzt rechnet man weiter mit kirchenpolitischer Kontinuität.

Im Alter von 75 Jahren starb am 23. Februar der Erzbischof von Osaka, Kardinal Paul Yoshigoro Taguchi. Taguchi war Japans einziger Kardinal. Nach seinem Tod zählt das Kardinalskollegium noch 131 Mitglieder, davon sind zur Zeit 117 berechtigt, an der Papstwahl teilzunehmen.